

Politischer Jahresbericht

Südostasien 2007/2008



Chiang Mai und Phnom Penh

Regionalbüro Südostasien, Länderbüro Kambodscha, Juni 2007 – Juni 2008

Von Dr. Heike Löschmann (Thailand und Myanmar/Burma) und Katrin Seidel (Kambodscha)

Regionalbüro Südostasien der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
91/9 Mu 14, Ban Mai Lang Mor Soi 1
Suthep Road, A. Mueang
Chiang Mai 50200 – Thailand

Fon: +66-53-810430/32
Fax: +66-53-810124

sea@hbfasia.org
www.boell-southeastasia.org

Länderbüro Kambodscha der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
#34, Street 222
Sangkat Boeung Raing
Khan Daun Penh
P.O. Box 1436
Phnom Penh - Kambodscha

Fon: +855-23-210535
Fax: +855-23-216482

phnompenh@hbfasia.org
www.boell-southeastasia.org

Inhalt

<u>Thailand</u>	1
<u>Myanmar/Burma</u>	10
<u>Kambodscha</u>	20

Thailand

Zusammenfassung

Mit massiven Demonstrationen auf den Straßen des Landes durchlebt Thailand wieder einmal turbulente Zeiten. Das Land ist zwar formal zur Demokratie zurückgekehrt, die Spaltung der Gesellschaft und die damit verbundene politische und gesellschaftliche Krise sind aber nicht überwunden. In der Phase nach dem Militärputsch schlägt der Versuch der Generäle fehl, im Rahmen der neuen Verfassung die politischen Interessenkonflikte durch eine Stärkung der Judikative besser zu kontrollieren und das Land dadurch stabil regierbar zu machen. Der Lagerkampf zwischen Thaksinisten und monarchistischen Eliten setzt sich nach dem Putsch fort. Viele derer, die sich dieser bipolaren Ordnung nicht unterwerfen wollen, reiben sich in Grabenkämpfen und identitätspolitischen Diskussionen auf oder ziehen sich aus den politischen Auseinandersetzungen zurück. Der Konflikt im Süden des Landes schwelt weiter gefährlich vor sich hin. Soziale Probleme werden von den Politikern vernachlässigt. Sie sind zu stark mit sich selbst und ihren Machtauseinandersetzungen beschäftigt. Das verunsichert erstmalig Investoren und beeinflusst den Kapitalmarkt negativ. Die politischen Proteste könnten kombiniert mit sozialer Unzufriedenheit zu Massenprotesten anwachsen. Es existieren erhebliche Risiken für eine stabile Entwicklung des Landes und Putschgefahr

Einleitung

Mit den Parlamentswahlen im Dezember 2007 und der folgenden Regierungsbildung hat Thailand die 15 Monate dauernde Übergangsphase nach dem letzten Militärputsch hinter sich gelassen und ist formal zur Demokratie zurückgekehrt. Die von der Junta eingesetzte Interimsregierung hielt sich an die versprochene Agenda: eine neue Verfassung, „bestätigt“ durch das erste landesweite Referendum in der Geschichte Thailands, Verabschiedung eines neuen Wahlsystems und planmäßige Parlamentswahlen. Das Militär hat durch den Putsch seine Rolle als politischer Akteur wieder ausgebaut und seine finanzielle Situation verbessert.

Die politischen Probleme, die den Putsch legitimieren sollten, sind fast zwei Jahre danach aber noch immer nicht gelöst. Weder gelang es bisher, dem gestürzten Premier Thaksin

Shinawatra in groß angelegten Untersuchungsverfahren schwerwiegende Korruption und Machtmissbrauch nachzuweisen, noch kam es zur Deeskalation des blutigen Konflikts in den

drei muslimischen Südprovinzen. Die Wiederherstellung der von allen Thais ersehnten und vom König beschworenen nationalen Einheit ist nicht gelungen. Die Polarisierung des Landes in Thaksinisten und Royalisten sowie die Machtkämpfe innerhalb des Militärs, der Regierung, der politischen Lager und der zersplitterten Zivilgesellschaft sind nicht überwunden.

Zahlreiche Beamte und Akademiker, die als Unterstützer und Berater der Übergangsregierung tätig waren, haben ihren guten Ruf riskiert. Viele Politiker und einige wenige Politikerinnen haben sich neuen Parteien angeschlossen, allen voran die Mitglieder der laut Gerichtsbeschluss verbotenen Thai Rak Thai (TRT) des gestürzten Premierministers Thaksin. Sie haben weitgehend in der People's Power Party (PPP) ein neues politisches Wirkungsfeld gefunden. Die PPP ging aus den Wahlen als Siegerin hervor, während die von Anti-Thaksinisten favorisierte Demokratische Partei (DP) zwar deutlich besser abschnitt als in voran gegangenen Wahlgängen, aber dennoch wesentlich weniger Mandate erhielt.

Mit der gewählten Regierung sind die Statthalter jener Thaksinisten in Amt und Würden gelangt,

die durch Gerichtsurteil für fünf Jahre von der Bekleidung öffentlicher Ämter ausgeschlossen worden waren. Militär und Monarchie spinnen indessen im Hintergrund die Fäden ihrer Interessenpolitik. Die wieder auflebende People's Alliance for Democracy (PAD) marschiert erneut mit bis zu 10.000 Menschen auf den Straßen von Bangkok. Ausgangspunkt der Proteste waren geplante Verfassungsänderungen. Es geht vornehmlich um die von der Regierung vorgeschlagene Streichung der Paragraphen 309 und 237. Paragraph 309 schreibt Generalamnestie für die Putschisten fest, während Paragraph 237 die Möglichkeit zur Auflösung ganzer Parteien wegen Wahlbetrugs einzelner ihrer Funktionsträger vorsieht. Die Beseitigung dieser Artikel würde den Weg zur uneingeschränkten „Re-Thaksinisierung“ der Gesellschaft frei machen, die Konfrontation verschärfen und die politische Lage weiter destabilisieren.

Der Lagerkampf

Kabinett vertieft nationale Spaltung

Am 8. Februar 2008 ist die PPP-geführte „Koalitionsregierung für nationale Versöhnung“ mit Beteiligung fast aller im Parlament vertretenen Parteien unter Führung von Samak Sundaravej vereidigt worden. Die DP bildet die ausschließliche parlamentarische Opposition. Das Kabinett wurde vom Premier selbst als „hässliche Enten-Regierung“ bezeichnet, weil in ihr vornehmlich Vertreter sitzen, die in der Thaksin-Ära die Ersatzbank drückten. Im Falle der neuen Energieministerin handelt es sich um die Ehefrau eines Protégés Thaksins, Suwat Litapanlop, der sich wegen Korruption im Rahmen des berühmterbüchtigten Falles der ADB-finanzierten Khlong Dan-Wasserreinigungsanlage diskreditiert hatte. Das Umweltministerium ging an die Ehefrau des Anführers der Wang Nam Yom-Fraktion von Thai Rak Thai, Somsak Thepsuthin, die sich nach dem Putsch von der TRT abgelöst und die Matchima Thipataya Partei gegründet hatte. Sie ist jetzt Koalitionspartner in der Regierung. Das Amt des Außenministers wurde Thaksins persönlichem Rechtsanwalt übertragen. Das hatte sich für Thaksin rasch symbolisch ausgezahlt: Er

hatte als Ex-Premier seinen roten Diplomatenpass wieder und war ohne große Unannehmlichkeiten im März das erste Mal ins Land zurückgekehrt. Dem Schwager Thaksins fiel das Amt des Bildungsministers zu. Neben diesem „hässlichen Entlein“ gehören der Regierung weitere Söhne, Väter, Ehefrauen und andere den 111 disqualifizierten TRT-Politikern nahe stehende Personen¹ an. Eine Möglichkeit, die hässlichen Entlein durch strahlend weiße Schwäne zu ersetzen, bestünde in einer Amnestie für die 111 durch Gerichtsbeschluss für fünf Jahre von der Ausübung politischer Ämter entbundenen Politiker der Thai Rak Thai Partei. Auch darauf zielen die seit März betriebenen Verfassungsänderungsbestrebungen aus den Reihen der PPP ab.

Ex-Premier Thaksin auf Samtpfoten

Thaksin kehrte im März nur kurz nach Thailand zurück, er hatte sich vor Gericht wegen Korruption im Rahmen eines größeren Grundstückkaufs zu verantworten. Um zu beweisen, dass es ihm nicht um eine Rückkehr in die Politik, sondern nur um die Säuberung seines guten Namens ging, flog er umgehend wieder nach London ab. Seither reiste er unbehelligt und ohne große Aufmerksamkeit der Medien in Thailand ein und aus, pflegt seine Kontakte, mischte sich aber nur verhalten und hinter den Kulissen in die Tagespolitik ein. Seine stillen Bemühungen galten nicht zuletzt seiner Vermögenssicherung, eine wichtige Grundlage für seinen künftigen politischen Einfluss.

Premier Samak als politische Bulldogge

Der frühere rechtskonservative Bangkokener Bürgermeister Samak hat sich in den ersten Monaten seiner Regierungsführung – wie von manchen aufgrund seiner Biographie befürchtet – als politische Bulldogge erwiesen. Für die größten Schlagzeilen sorgten in den ersten Monaten seine vulgären verbalen Tiefschläge gegen politische Gegner in seiner Fernsehshow. Forderungen nach Zensur wegen Verschandelung der thailändischen Sprache und des nicht jugendfreien Sprachgebrauchs im Vormittagsprogramm

¹ The Nation Online: Who's who in Samak's Cabinet? 07.02.08

des Fernsehens wurden laut. Die Medien waren voll mit kritischen Speerspitzen gegen ihn. Nicht nur der offensichtliche Nepotismus bei der teilweise schamlosen Ernennung von Amtsträgern boten seit Amtsantritt genügend Angriffsfläche, sondern auch sein inakzeptables Verhalten im Zusammenhang mit der geäußerten Kritik an seiner Rolle bei der Niederschlagung der Studentenproteste 1976.

Massive Kritik an seinem Reden und Handeln – auch aus den eigenen Reihen – wurde laut, als er mit der gewaltsamen Auflösung einer PAD-Demonstration am 31. Mai drohte. Die PAD-Aktionen richteten sich zunächst gegen die oben erwähnten angestrebten Verfassungsänderungen und einen damit verbundenen Vorschlag, diese durch ein weiteres Referendum zu legitimieren. Sie wendeten sich nach Samaks ungeschickten Äußerungen aber auch direkt gegen seine Person und mündeten in Rücktrittsfordernungen gegen ihn und seine Regierung. Die daraufhin entstandene Situation wurde von vielen ähnlich der Vor-Putsch-Situation im August und September 2006 empfunden. Analysten gehen aber davon aus, dass das Militär gemeinsam mit seinen Verbündeten im Verwaltungs- und Justizapparat die Kontrolle fest in der Hand hält, also keine Putschgefahr besteht.² Samaks Fähigkeit, in seiner politischen Arbeit kaum ein Fettnäpfchen auszulassen, und das Auftreten seiner Gefolgsleute führte zu weit verbreitetem Kopfschütteln, vor allem in den Reihen westlicher Diplomaten, und nährte Spekulationen, wie lange er wohl noch die Regierung führen und wer ihm nachfolgen würde.

Kann sich Samak politisch halten?

Jedoch sollte man Samak nicht zu schnell abschreiben. Er war von den internationalen Medien zunächst mit dem Etikett „Puppet Premier“ versehen worden. Jedoch grenzte er sich bald aus politischem Kalkül mal mehr, mal weniger erfolgreich gegen eine Einflussnahme Thaksins ab und postulierte seinen Anspruch, selbstbestimmt das Amt des Premiers auszuüben. Bereits kurz nach Amtsantritt war der Interessen-

konflikt zwischen Samak und Thaksin offen zu Tage getreten. Letzterer wurde, ohne beim Namen genannt zu werden, als die „unsichtbare Hand“ bezeichnet und vor weiterer Einmischung gewarnt. Samak hingegen galt in der Vergangenheit als Anhänger der royalistischen Traditionalisten. Zutreffend ist aber eher, dass er über hervorragende Geschäftsbeziehungen zum Crown Property Bureau verfügt, der Vermögensverwaltung des Königshauses, die er zuletzt in seinem Amt als Bürgermeister von Bangkok ausbauen konnte. Man geht davon aus, dass etwa die Hälfte der Fläche Bangkoks der Monarchie gehört. Das lässt vermuten, dass Samaks Emanzipationsbestrebungen durchaus von einer eigenen Interessenpolitik geleitet sind und nicht nur als Medienspektakel abgetan werden können, wie das einige Beobachter zunächst taten.

Die Voraussetzungen für eine Positionierung nicht nur als Interim-Premier hatte er sich zunächst jedenfalls geschaffen. Nicht einmal Ex-Premier Prem Tinsulanonda, der Kronratsvorsitzende und Drahtzieher hinter dem Putsch vom September 2006, hatte in den 1980ern so viele Ämter und damit Macht in seinen Händen vereint wie Samak heute. Er hat sich im Schatten der Medienhämie die Kontrolle über die Verwaltung, die rechtsstaatlichen Einrichtungen, die Polizei, den Nationalen Sicherheits- und Nachrichtendienst bis hinein ins Militär gesichert und sich damit eigentlich gute Bedingungen geschaffen, während seiner Regierungszeit nicht nur durch, sondern möglicherweise auch zu Ende zu regieren.

Wenn Samak allerdings weiter so instinktlos agiert wie in den vergangenen Wochen und seine Regierung wegen ihrer Politik weiter unter Druck gerät, könnte ihm seine mangelnde Hausmacht innerhalb der PPP zum Verhängnis werden. Die eigenen Leute werden ihm in den Rücken fallen. Was darauf folgte, hing von den Auseinandersetzungen und politischen Deals zwischen den PPP-Fraktionen und den anderen Parteien ab, aber auch vom weiteren Verlauf der Diskussion um eine Verfassungsänderung und eine mögliche Amnestie der 111 früheren TRT-Funktionsträger. Unter solchen Umständen wäre es denkbar, dass sich Thaksin vom „Volk zurück ins Amt rufen“ ließe. Genau dagegen macht nun

² Siehe Shawn W. Crispin: To Coup or not to coup, in: Asia Times Online, 31.05.08

die PAD mobil, eine Koalition, die Monarchisten und Anti-Thaksinisten vereint. Das ermüdende thailändische Politiktheater der letzten zwei Jahre geht also weiter. Die Zivilgesellschaft bleibt gespalten, aber einzelne führende Vertreter warnen davor, sich weiter in Grabenkämpfen zu verschleißen. Es keimt vorsichtige Hoffnung zur Formierung einer dritten Kraft.

Läuft die politische Krise aus dem Ruder?

Der unter Thais aller Lager hoch geschätzte Ex-Premier Anand Panyarachun reagierte auf einen Vorschlag, eine Gruppe von fünf Ex-Premiers anzuführen, um zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, mit einer klaren Absage. Es gäbe nichts zu vermitteln, die Fronten seien extrem verhärtet, die politische Krise habe einen „Point of no return“ erreicht³.

Absorbiert von ihrem erbärmlichen Politiktheater haben die Politiker kaum Zeit gefunden, sich drängenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen zuzuwenden und Lösungen zu diskutieren. Zu nennen sind extreme Preissteigerungen, vor allem im Nahrungsmittel- und Energiebereich, die Schuldenkrise der Bauern, die nun neben den PAD-Demonstrationen auch Bauernproteste auslösten, sowie der schwelende Brandherd im Süden.

Die „Anti-Thaksin“-Verfassung

Der Verfassungsgebungsprozess war im vergangenen Jahr ein ständiger Referenzpunkt für die politische Entwicklung im Land. Die neue Verfassung wird insgesamt als Rückschritt gesehen, da sie durch das Wahlsystem einen starken Premier und starke politische Parteien zu verhindern und statt dessen die Judikative zu stärken suchte, sowie gleichzeitig einen halb gewählten, halb ernannten Senat vorsieht. Damit wird den alten Eliten eine Kontrollfunktion im Oberhaus ermöglicht. Es ergaben sich aber auch Möglichkeiten für zusätzliche Quotensitze von Mitgliedern aus der Zivilgesellschaft, die aus dem Partnerspektrum der Heinrich-Böll-Stiftung

genutzt wurden. Senatswahlen fanden am 2. März 2008 mit einer niedrigen Wahlbeteiligung von nur 56 Prozent statt.

Trotz aller Kritik am Ergebnis des Verfassungsgebungsprozesses enthält die Verfassung aber mehr Möglichkeiten für Opposition und Zivilgesellschaft, Regierung und Parlament zur Rechenschaft zu ziehen und durch Misstrauensvoten und Petitionen die politischen Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Das bewerten einige marginalisierte und von Partizipation bisher weitgehend ausgeschlossene Gruppen wie NRO, Gewerkschaften, Frauengruppen und lokale Bürgerbewegungen als Fortschritt, obwohl die Aufnahme der entsprechenden Artikel nicht unbedingt durch die Interessen dieser Gruppen vorangetrieben worden war.

Das Verfassungsreferendum

Die Mehrheit für die neue Verfassung war im Referendum im August 2007 knapp ausgefallen. Es mangelte im Ergebnis an demokratischer Legitimation, denn nur gut die Hälfte der Wahlberechtigten beteiligte sich überhaupt und davon stimmte wiederum nur eine knappe Mehrheit zu. Bemerkenswert ist vor allem im Vergleich zu den Diskussionen um den Referendumsprozess in Myanmar/Burma, dass in den Ausführungsbestimmungen für das Referendum auf der Internetseite der Regierung keine Zahlenangaben zu finden sind, die ausweisen, wie hoch die Wahlbeteiligung sein muss. Eine einfache Mehrheit von Ja-Stimmen am Referendumstag reicht aus, um die Verfassung anzunehmen.

Der Verfassungsgebungsprozess hatte im vergangenen Jahr als Bühne für kontroverse Diskussionen um notwendige soziale und politische Reformen gedient und damit ein Kreativ- und Mitbestimmungspotential für VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen und akademischer Think Tanks freigesetzt. Dieser Prozess ist trotz der Spaltung der Zivilgesellschaft letztlich positiv zu bewerten. Statt einer Reformverfassung, die Schwächen der 1997er Volksverfassung ausgleicht, wurde aber eine Verfassung erarbeitet, deren vornehmliches, teilweise paranoid-verengtes Ziel „Entthaksinisierung“ ist, verbunden mit der Stärkung des Einflusses von

³ The Nation: Political crisis, Point of no return 09.06.08

Militär und Monarchie in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Insofern haben die schmerzhaften Auseinandersetzungen innerhalb der thailändischen Gesellschaft, die im Februar 2006 mit der Auflösung des Parlaments begonnen und mit dem Putsch im September 2006 ihren Höhepunkt gefunden hatten, nur sehr selektiv zur notwendigen Stärkung des Demokratisierungsprozesses geführt.

Nach einjähriger Verfassungsdebatte einjährige Änderungsdiskussion?

Nur wenige Wochen nach Bildung der neuen Regierung wurde im März 2008 von Vertretern der PPP eine absehbar kontroverse Verfassungsdebatte vom Zaun gebrochen, die zu einem neuerlichen Referendum über das Ob und Wie einer Verfassungsrevision führen könnte.

Die regierende PPP unter Premier Samak Sundaravej strebt Verfassungsänderungen zur Beseitigung der für sie selbst und ihre Vorgängerin Thai Rak Thai störenden Artikel 237 und 309 an.⁴ Unterdessen lehnt die wachsende Oppositionsbewegung, in der Öffentlichkeit erneut angeführt von der PAD, diesen offenkundig Interessen geleiteten, politischen Alleingang der PPP ab. Sie antwortet mit Protestkundgebungen und leitet Amtsenthebungsverfahren im Rahmen von Artikel 122 der gegenwärtigen 18. Verfassung des Landes ein.⁵ Die PAD steht in der Kontinuität der Proteste von 2006, die den Fall von Ex-Premier Thaksin Shinawatra eingeleitet hatten.

Samak hatte mit seiner aggressiven Rede am 31. Mai, in der er mit der Auflösung von PAD-Demonstrationen durch Polizei und Militär droh-

te, ein Eigentor geschossen. Erst ausgelöst dadurch hat die Oppositionsbewegung wieder an Schwung und mit bis zu 10.000 Demonstranten zahlenmäßig an Gewicht gewonnen.

Da das Land vor einer Reihe ungelöster sozialer Probleme steht, besteht über die PAD hinaus zusätzliches Protestpotential. Das kann jederzeit in schwer kontrollierbare Massenproteste in Bangkok münden. So riefen die Gewerkschaften mit einer „Kampagne für zivilen Ungehorsam“ dazu auf, dem Unmut über soziale Missstände und politische Instabilität Ausdruck zu verleihen und durch das Bestreiken öffentlicher Dienstleistungssektoren wie Transportbetriebe, Wasserwerke und Energieversorger zusätzlichen Druck zu machen. Inzwischen macht sich Unmut über Preissteigerungen oder Marktverschlechterung für Bauern auch in anderen Landesteilen durch vereinzelte Proteste Luft.

Trotz des Protestpotentials bleibt die Zivilgesellschaft auch nach der formalen Rückkehr zur Demokratie gespalten. Ihre Vertreter hatten sich hauptsächlich an ihrer Haltung zum Putsch aufgerieben. Demokratisierungs- und Reformaktivisten sind in ihren Standpunkten, Zielen und Strategien zersplittert. Sie arbeiten sich punktuell an ihren individuellen Anliegen ab, führen identitätspolitische Grabenkämpfe und verharren im Bezugsrahmen des alles überschattenden Lagerkampfes. Innovative, breit getragene, inhaltliche Positionierungen zu den drängenden sozialen Fragen (Inflation aufgrund von Nahrungsmittel- und Energiepreissteigerung, Schuldenkrise der Bauern, Südthailandkonflikt) sind nicht zu erkennen.

Nach „Ent-Thaksinisierung“ nun „Re-Thaksinisierung“?

Während die unter der Junta 2007 verabschiedeten Verfassung dem Ziel der „Ent-Thaksinisierung“ diente, zielen die von der PPP angestrebten Änderungen auf „Re-Thaksinisierung“. Drei Parteien der Regierungskoalition (Chart Thai, PPP und Matchima Thipataya) sehen sich auf der Basis von Artikel 237 mit der Gefahr einer möglichen Parteiauflösung

⁴ Artikel 237 beinhaltet die Möglichkeit zur Disqualifikation einzelner Führungskräfte und darüber hinaus zur Auflösung der gesamten Partei durch die Election Commission (EC) auf Grund von Wahlbetrug eines einzelnen Abgeordneten. Artikel 309 legitimiert und billigt die von den Putschisten eingesetzten Gesetze, Handlungen und Organisationen, darunter Assets Examination Committee (AEC), welches gegenwärtig die Amtsvergehen und Korruptionsfälle Thaksin Shinawatra und anderer Kabinettsminister untersucht. Darüber hinaus beinhaltet der Artikel eine Amnestieklausel für die Putschisten.

⁵ Artikel 122 der Verfassung führt aus, dass Beschlüsse zur Verfassungsänderung im allgemeinen Interesse der Bevölkerung getroffen werden müssen und ermöglicht Amtsenthebungsverfahren durch ein Volksbegehren, das von 30.000 BürgerInnen durch Unterschrift unterstützt werden muss.

konfrontiert. Diesem politischen Todesurteil wollen sie entkommen.

Über 80 gewonnene Mandate allein der PPP waren der Nationalen Wahlkommission bereits kurze Zeit nach dem Urnengang zur Prüfung übergeben worden. Die wegen Stimmenkauf und anderen Verstößen im Wahlkampf zunächst für möglich gehaltene Auflösung der PPP war durch Gerichtsbeschluss abgewendet worden. Inzwischen gibt es jedoch eine Neuauflage durch den Fall des Parlamentssprechers Yongyuth, dem anhand digitaler Beweise nachgewiesen werden konnte, Bürgermeister in seinem Wahlkreis mit je 20.000 Baht bestochen und in ihren Dörfern zur Wahlunterstützung für die PPP verpflichtet zu haben. Durch Mehrheitsentscheidung der Nationalen Wahlkommission wurde Yongyuth wegen Wahlbetruges verurteilt und musste sein Amt als Regierungssprecher aufgeben. Der Oberste Gerichtshof muss noch darüber befinden, ob er die Entscheidung der Nationalen Wahlkommission billigt. Im Zusammenhang mit dem laufenden Verfahren ist ein weiteres Auflösungsverfahren für die PPP anhängig.

Vor diesem Hintergrund wird die Streichung von Artikel 237 angestrebt. Opposition und Kritiker der Zivilgesellschaft gehen davon aus, dass damit letztendlich auch der Weg für die Rückkehr in die Politik für die 111 Politikern der aufgelösten Partei TRT, inklusive Ex-Premier Thaksin, freigelegt werden soll. Das bedeutete aber jenseits der Streichung des Paragraphen auch seine rückwirkende Anwendung, was zu erneutem Rechtsstreit und Protesten führen könnte und deshalb weniger wahrscheinlich ist. Samak selbst hatte zu einer Amnestierung der 111 noch im Februar erklärt, dass er einen solchen Schritt frühestens zum Ende seiner Amtszeit für möglich hielte.⁶ Da die Beteiligten sich ihrer prekären Lage bewusst sind und Kanäle und Mittelsmänner zwischen den Lagern existieren, ist eine offene Konfrontation eher unwahrscheinlich.

Die Diskussion um die Abschaffung von Artikel 309 ist im Zusammenhang mit dem Interesse des Thaksin-Lagers zu sehen, Verfolgung von

Korruptionsvorwürfen, Amtsmissbrauch oder Steuerhinterziehung einzuschränken, in dem die Rechtsgrundlagen für das Handeln entsprechender Institutionen wie des Assets Examination Committee (AEC – Vermögensuntersuchungskommission) verändert werden. Letztere soll Ende Juni aufgelöst werden. Gegenwärtig sind es drei Korruptionsverfahren gegen Thaksin und Familienangehörige, die beim Obersten Gerichtshof anhängig sind. Zwei werden vom Büro des Generalstaatsanwalts weiter verfolgt. Das Oberste Gericht hat inzwischen 76,6 Millionen Baht von Thaksins Vermögen beschlagnahmen lassen und weitere 60 Millionen Baht bleiben eingefroren, solange die Korruptionsverfahren gegen ihn weiter laufen.⁷ Thaksin hat dagegen Klage eingereicht.

Kursänderung durch Druck von der Straße

Angesichts der Proteste und ihrer Eskalationsgefahr haben viele Kabinettsmitglieder, darunter der Premierminister selbst, ihren Kurs geändert und wollen nun die gesamte Verfassung, mit Ausnahme des ersten und zweiten Kapitels (die Thailands Souveränität und Monarchie betreffen) überarbeiten und zur 1997er „Volksverfassung“ zurückkehren. Das entspräche, wenngleich aus Motiven des Machterhalts, den Forderungen von Kreisen, die Inhalt und Legitimität der 18. Verfassung ablehnen.

Als Weg zur erneuten Verfassungsänderung wird von der PPP, weniger als ein Jahr nach dem fragwürdigen Referendum vom August 2007, seit Ende Mai 2008 ein neues Referendum voran getrieben. Die Thailänder würden nunmehr möglicherweise darüber abstimmen, ob sie eine neue Verfassung oder Textänderungen wollen oder nicht. Die Nationale Wahlkommission wurde beauftragt, einen Weg zu finden, um dieses juristisch zumindest problematische Vorhaben zu ermöglichen. Zwei Milliarden Baht⁸ wurden dafür zurückgelegt.

Sollte sich die thailändische Bevölkerung für eine Verfassungsänderung aussprechen, ist erneut

⁶ Bangkok Post: Leitartikel 07.02.08.

⁷ Bangkok Post: ASC wants assets seized 28.05.08

⁸ Im Juni 2008 entsprechen 50 Baht dem Wert von einem Euro. 2 Milliarden Baht entsprechen also etwa 40 Millionen Euro.

die Einrichtung einer unabhängigen Constitution Drafting Assembly (CDA – Verfassungsgebende Versammlung) geplant, bestehend aus Senatoren, Akademikern, Vertretern von NRO und Wirtschaft.

Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, wie Diskussionen hinter den Kulissen verlaufen und welche Allianzen sich formieren. Das Lager um PAD, Militär und Monarchisten wird sich nicht kampfflos einer Re-Thaksinisierung der Gesellschaft und damit verbundenen Verfassungsinhalten beugen.

Rolle des Militärs

Am 20.12.2007 hatte die Gesetzgebende Versammlung noch rasch neue Verwaltungsvorschriften für das Verteidigungsministerium durchgebracht. Dadurch sind dem Premier und dem Verteidigungsminister (Samak hat beide Ämter in seiner Hand vereint) die Möglichkeit genommen, allein herrschaftlich Entscheidungen bei der jährlichen Neubesetzung der Schlüsselpositionen innerhalb der militärischen Streitkräfte zu treffen. Diese Aufgabe soll künftig ein Komitee übernehmen, in dem neben Premier und Verteidigungsminister die führenden Generäle der Streitkräfte vertreten sind. Es ist offensichtlich, dass die Militärregierung diese Vorschrift im Interesse der eigenen Sicherheit und weiteren Einflussnahme verabschieden ließ. Dennoch schränkt sie Alleinherrschaftsoptionen ein und kann insofern als Fortschritt gewertet werden.

Angriff auf die Meinungsfreiheit

Seit dem Militärputsch war die Berichterstattung über die Machenschaften Thaksins und seiner Regierung viel freier möglich geworden, während andererseits Kritik an der Putschregierung nur in wesentlich engerem Rahmen geduldet wurde. Seit Amtsübernahme der Samak-Regierung hat sich daran wenig geändert. Die thaksinistischen Kräfte versuchen dennoch zunehmend ihren Einfluss auf die Medien und die Richtung der eingeleiteten Reformschritte geltend zu machen.

Unter der Interimsregierung wurden noch zahlreiche Gesetze erlassen bzw. entworfen, die den

Zugriff auf freie Informationen eingrenzen und regulieren. Diese Gesetze erlauben dem Staat zu entscheiden, welche Inhalte die nationale Sicherheit gefährden, majestätsbeleidigend oder unmoralisch sind. So wurde der Computer Crime Act erlassen, der dem Informations- und Telekommunikationsministerium ermöglicht, als gefährdend eingestufte Internetinhalte zu überwachen und zu zensieren. Im Namen der nationalen Sicherheit können Internetnutzer verhaftet werden, wenn sie solche Internetseiten besuchen oder betreiben.

Seit dem Amtsantritt der gewählten Regierung im Februar 2008 wird seitens ihrer Gegner wieder verstärkt vom Einsatz des Vorwurfs der „Majestätsbeleidigung“ Gebrauch gemacht, um den politischen Gegner zu diskreditieren und ins politische Abseits zu befördern. Dabei tun sich besonders Mitglieder der Partei der Demokraten und die Monarchisten innerhalb der People's Alliance for Democracy (PAD) hervor. Dies bekam nicht nur der Minister im Büro des Premierministers und Thaksin-Vertraute Jakrapob zu spüren,⁹ sondern auch ein Paar, das im Kino zur Königshymne nicht aufgestanden war. Betreiber einer ganzen Reihe von Webseiten, die diese Vorwürfe kontrovers diskutieren ließen, wurden ebenso als königsfeindlich diskreditiert, z. B. die Webseite Prachathai oder das Magazin Fa Dieuw Kann.

Gewalt in Südthailand

Der blutige Konflikt in den drei malaisch-muslimischen Südpunkten verschärfte sich trotz anfänglich großer Hoffnung auf Deeskalation weiter. Es kam in den zurückliegenden Monaten zu zwar weniger, dafür aber besser vorbereiteten und brutaleren Anschlägen. Dadurch verfestigen sich ethnisch-religiöse Deutungsmuster. Trotz der militant-islamistischen Symbolik, die im Süden bedient wird, sprechen die meisten Fakten nach wie vor gegen eine Regionalisierung des Konflikts, im Sinne engerer Verbindungen zu regionalen al-Qaida Terrornetzwerken. Ob-

⁹ Der Ièse majesté-Vorwurf kam erst ein halbes Jahr nach einer kritisierten Rede im Foreign Correspondents Club auf

wohl die Interimsregierung die Notwendigkeit des Dialogs erkannt und einige Forderungen der Muslime im Süden akzeptiert hatte und kleinere Schritte des guten Willens erkennbar wurden, fand sie keine gewaltlose und menschenrechtswahrende Befriedungsstrategie. Weiterhin gelten Kriegsrecht, Notstandsgesetze und Antiterrorparagraphen des Strafrechts parallel.¹⁰ Komplizierter wurde die ohnehin schwer durchschaubaren Interessen- und die Akteurslage durch die verstärkte Rolle paramilitärischer Gruppen, die bereits in den 1970er und 1980er Jahren im Kampf gegen kommunistische und separatistische Guerillas eingesetzt wurden.¹¹

Unter der neuen Regierung waren anfänglich „Autonomiegeräusche“ zu vernehmen, die mittlerweile aber untergegangen scheinen. Der neue Innenminister hatte zu Beginn seiner Amtszeit verlauten lassen, dass Autonomieverhandlungen als mögliche Lösungsoption ins Auge gefasst werden müssen. Er fand dafür breiten Beifall in der Gesellschaft, wurde von Premier Samak aber zurückgepfiffen, da ein solcher Schritt genauer Detailplanungen bedürfe. Sollte dieser Ansatz wieder aufgegriffen werden, möglicherweise unter Einbezug der malaysischen Regierung als Mittlerin, könnte das mittelfristige Fortschritte in der Konfliktminderung bedeuten. Kurzfristig werden aufgrund der dezentralisierten und komplexen Gemengelage die blutigen Anschläge vor Ort weiter gehen. Nichtsdestotrotz wären ergebnisoffene Verhandlungen über Autonomie und weitere Schritte der Konfliktminderung der einzig Erfolg versprechende Weg.

Ausblick

Der Konkurrenzkampf und die Auseinandersetzung um die Macht zwischen zwei Wirtschaftsböcken wird die Geschehnisse Thailands weiter bestimmen: auf der einen Seite steht die alte, monarchistische Elite, gestützt durch das Militär. Auf der anderen positioniert sich das Imperium Thaksin, das die moderne, digitale Wirtschafts-

elite des Landes und ein breites Netzwerk von Nutznießern hinter sich weiß.

Der neue Premier Samak schien sich zunächst als Go-Between, möglicherweise sogar als Vermittler, zwischen diesen Blöcken zu positionieren. Dafür hatte er sicherlich den Segen des Königs. Der wünschte eine Regierung der nationalen Einheit. Samak hatte angesichts seines offenkundigen Konflikts mit Thaksin zunächst einen strategischen Schmusekurs mit den Militärs zum Schutz seiner eigenen Interessen gesucht. Inzwischen scheint er jedoch auf Thaksin-Kurs. Das ist ein Indikator dafür, dass es Thaksin gelingen könnte, sich auf Samtpfoten mit der Macht seines Geldes wieder in die entscheidenden Politikkreise eingeschlichen zu haben und die Geschehnisse des Landes perspektivisch erneut in die Hand zu nehmen. Um das zu legitimieren, müssten noch einige Gerichtsprozesse geführt und an der Verfassung geschraubt werden, um Mittel und Wege zu finden den im Ergebnis des Putsches gewachsenen Einfluss des Militärs zu begrenzen. Der Lagerkampf geht weiter – ohne klare politische Perspektive für das Land.

¹⁰ Vgl. „No justice, no peace“ von Vitit Muntarbhorn in der Bangkok Post, 12.03.08.

¹¹ Siehe International Crisis Group, „Southern Thailand: The Problem with Paramilitaries“, Asia Report No.140, 23 October 2007.

Myanmar/Burma

Zusammenfassung

Im zurückliegenden Jahr standen die Ereignisse in und um Myanmar/Burma gleich zwei Mal für mehrere Wochen im Brennpunkt der internationalen Öffentlichkeit: Im Oktober 2007 waren es die von Mönchen angeführten Demonstrationen, im Mai 2008 die Ereignisse rund um den Zyklon Nargis, der das Irrawaddy-Delta verwüstete. Unveröffentlichte Berichte von lokalen Helfern aus dem Delta verdichten sich, dass dabei bis zu 300.000 Menschen starben. Beide Male empörten sich die internationalen Medien, vornehmlich die westlichen, über das Verhalten der Militärjunta: blutige Niederschlagung der Demonstrationen im Oktober und Verweigerung internationaler Hilfeleistungen und zynisches Festhalten an der Durchführung eines Verfassungsreferendums unmittelbar nach der Sturmkatastrophe. Beide Male intervenierte die UNO mit diplomatischen Mitteln. Beide Male keimten Hoffnungen, dass die Ereignisse zu Veränderungen im Land führen und die Macht der Generäle erschüttern könnten. Beide Male wurden diese Hoffnungen jedoch bitter enttäuscht. Noch hat die Militärjunta das Heft des Handelns fest in der Hand. Aber wie lange noch?

Einleitung

Mehrere Ereignisse des zurückliegenden Jahres verdienen ein besonderes Augenmerk:

- die von Mönchen angeführten Demonstrationen im August und September 2007, über die in den westlichen Medien als „Saffron Revolution“ berichtet wurde
- die Bemühungen des Büros von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, das Regime zu positiven Schritten im Bereich humanitärer Angelegenheiten und Menschenrechte zu bewegen, insbesondere des UN-Sondergesandten Gambari, den Dialog zwischen der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und der Junta wiederzubeleben
- das Verfassungsreferendum, das letztlich in zwei Schritten (am 10. und 24. Mai 2008) durchgeführt wurde
- die Sturmkatastrophe, verursacht durch den Zyklon Nargis, und die verbrecherische Weigerung der Militärregierung, für die Opfer des Sturms (darunter 30 bis 40 Prozent Kinder) Hilfe zu leisten und internationale Hilfsorganisationen ins Land zu lassen
- die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft darauf

Die Septemberereignisse

Das bedeutendste politische Ereignis des zurückliegenden Jahres war der erste zivile Massenprotest seit dem Volksaufstand von 1988. Auslöser der Demonstrationen im September 2007 waren drastische Preissteigerungen für Benzin und Propangas. Diese waren zu einer unerträglichen wirtschaftlichen Belastung für die Bevölkerung geworden, die ohnehin schon unter schlechten Wirtschaftsbedingungen litt. In verschiedenen Bevölkerungsgruppen machte sich sozialer Unmut breit.

Die politischen Initiatoren

Diese allgemeine Unzufriedenheit griffen Vertreter der politischen Opposition im Land auf, vornehmlich die 88-Generation-Group, angeführt von den ehemaligen Studentenführern Min Ko Naing, Htay Kywe, Ko Ko Gyi. Sie hatten sich neben der mittlerweile beinahe bedeutungslosen National League for Democracy (NLD, Partei von Aung San Suu Kyi), als unabhängige politische Kraft etabliert. Der Versuch der Regierung, die ehemaligen Studentenführer nach der Haftentlassung 2004 gegen die NLD zu positionieren,

war misslungen. Im Verlauf des Jahres 2006 organisierten sie verschiedene kleine Protestaktionen¹. Die damit verbundene internationale Medienaufmerksamkeit und zunehmende Kontakte zu politischen Exilorganisationen im Ausland und ihren internationalen Unterstützern führten dazu, dass sie unter besondere Beobachtung der Junta gestellt wurden. Ihre Möglichkeiten im Verborgenen zu agieren, waren dadurch erheblich eingeschränkt. Bereits zu Beginn ihrer Mobilisierungsarbeit gegen die Preissteigerungen Ende August war die 88-Generation-Group inhaftiert und unter Kontrolle des Regimes gebracht worden. Damit war den Protesten gegen die Preiserhöhungen auf den Straßen Yangons schon im Anfangsstadium die politische Führung entzogen worden. Trotzdem fanden unter Führung von U Win Naing vereinzelte Demonstrationen statt. Er hatte 2006 die „National Politicians Group“, eine kleine politische Partei, gegründet, die sich als neutral zwischen NLD und SPDC positionierte.

Die „Saffron Revolution“

Auch an anderen Orten im Land gab es spontane Straßenproteste gegen die starken Preissteigerungen, so auch in der fernen Provinzstadt Pakkoku. Dort schlossen sich Mönche den Demonstranten aus Solidarität und eigener Betroffenheit an. Die relativ kleine Gruppe von Mönchen wurde dafür von Vertretern der lokalen Behörden bestraft und unwürdig behandelt. Diese handelten sich damit zunächst den Zorn des lokalen Mönchsordens ein, der eine Entschuldigung forderte. Als diese ausblieb, gingen immer mehr Mönche aus Protest gegen die Misshandlung ihrer Ordensbrüder auf die Straße. In der Folge entwickelten die Demonstrationen landesweit eine große Eigendynamik. Es kam zur Vermischung von Protesten gegen soziale Ungerechtigkeit mit einem religiös-institutionellen Anliegen, der Erwartung einer offiziellen Entschuldigung.

Aufstand brutal niedergeschlagen

Nach dem Vorbeimarsch am Haus von Aung San Suu Kyi am 20. September 2007 wuchs der Mut. Mehr und mehr Laien, die zunächst nur als Menschenketten am Rand gestanden hatten, schlossen sich den Demonstrationen an, und die Protestmärsche erhielten, auch durch entsprechende Steuerung aus dem Ausland, eine zunehmend politische Ausrichtung. Die internationalen Medien stellten die Ereignisse in ihrer Berichterstattung als Protest gegen die Militärdiktatur, für einen Regimewechsel, als Aufstand der Mönche oder Saffron Revolution dar. Das entsprach jedoch nicht den tatsächlichen Hintergründen, auch wenn viele Beobachter dieser Interpretation nach wie vor geneigt sein mögen. Ausländer, die Gelegenheit hatten, den Ereignissen vor Ort unmittelbar zu folgen und mit Demonstranten zu sprechen, bestätigten, dass diese Auslegung der internationalen Medien nicht dem tatsächlichen Geschehen entsprach. Dennoch war es für die Demonstranten und ihre zahlreichen Unterstützer am Straßenrand unendlich ermutigend und wichtig zu wissen, dass die Welt über die Ereignisse im Land informiert und die Zeit der digitalen Isolation vorbei war. Das Geschehen auf den Straßen und die Medienberichte im Ausland begannen einander zu beeinflussen. Die Regierenden hatten mit Ausmaß und Kontinuität der internationalen Berichterstattung nicht gerechnet. Als sie dann feststellten, dass die friedlichen Protestmärsche mit neuen Inhalten gefüllt wurden und eine politische Eigendynamik annahmen, versuchten sie, die Demonstrationen zu beenden. Ausschlaggebend für das gewaltsame Einschreiten der Militärjunta könnte auch gewesen sein, dass sich inzwischen eine neue politische Führung formiert hatte: Der Parteiführer U Win Naing, der bekannte Komödiant Zaganar und der populäre Schauspieler und Sozialaktivist Kyaw Thu hatten die sogenannte „Public Support Group“ gegründet. Die Niederschlagung der Demonstrationen erfolgte nur 24 Stunden, nachdem die Gründung der Gruppe bekannt geworden war. Alle drei Aktivisten wurden im Insein Gefängnis eingesperrt. Noch am gleichen Abend wurde in Yangon eine Ausgangssperre verhängt und für den nächsten Tag ein Versammlungsverbot ausgesprochen.

¹ Ibid.

Die Herkunft und Legitimation der All Burmese Monks Association, die in den Medien als Initiator und Träger der Demonstrationen dargestellt wurde, ist umstritten. Nachforschungen haben ergeben, dass die Vereinigung im Land keine Vorläufer mit historischen Wurzeln hatte. Es handelte sich mit großer Wahrscheinlichkeit um ein Exilprodukt zu Propagandazwecken ohne breite Legitimation im Land und im lokalen Mönchsorden. Seit dem 26. September 2007 wurden die Demonstrationen mit Waffengewalt niedergeschlagen. Über Lautsprecher wurde vor dem Einsatz scharfer Munition gewarnt, verbunden mit einem Zehn-Minuten-Ultimatum, die Straße zu räumen. Bei aller Traurigkeit wenigstens ein kleiner „Fortschritt“: 1988 hatten die Soldaten beim damaligen Aufstand unangekündigt in die Menge geschossen. Bei der gewaltsamen Auflösung der Demonstrationen 2007 und unmittelbar danach gab es zahlreiche Tote, Verletzte und Vermisste. Viele Menschen wurden Opfer von grausamen Menschenrechtsverletzungen, die der Aufklärung harren. Einen symbolischen Höhepunkt fand die gewaltsame Auflösung der Proteste mit dem Tod eines japanischen Fotojournalisten. Seine dokumentierte Hinrichtung aus unmittelbarer Nähe ging um die Welt, empörte und emotionalisierte zusätzlich. Das machte das Wegschauen für die Nachbarn schwerer.

Internationale Reaktionen

Das Verhalten des Militärregimes führte zu zwei wichtigen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft:

1. Die ASEAN-Gruppe positionierte sich im Konsens. Sie verurteilte die Gewaltanwendung zur Niederschlagung der Demonstrationen.
2. Chinas Kompromisshaltung ermöglichte es, ein „Presidential Statement“ der 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrates einzubringen, das die Erwartungen der Völkergemeinschaft formulierte und die gewaltsame Niederschlagung der Demonstrationen bedauerte.

Das Regime reagierte darauf² mit dem Hinweis, die Situation im Land stelle keine Gefahr für den internationalen Frieden dar. Es verwies auf seinen Sieben-Punkte-Plan als eigenen Weg zur Demokratie. Parallel dazu wurden im Land Demonstrationen für die Regierung organisiert, die beweisen sollten, dass sich die Militärregierung um eine Lösung im Interesse aller Menschen im Land bemüht. Es folgte eine zermürbende Hinhaltenaktik mit dem Ziel, den politischen Druck der internationalen Gemeinschaft abzuwenden. So erhielt der UN-Menschenrechtsbeauftragte nach drei Jahren Einreiseverbot eine Einladung der Militärjunta. Die Gambari-Diplomatie mit einer Reihe von jeweils bilateralen Gesprächen zwischen Gambari und dem obersten Machthaber General Than Shwe auf der einen und Aung San Suu Kyi auf der anderen Seite folgten. Die Regierung ließ die Welt die Bedingungen General Than Shwe's für die Wiederaufnahme von Gesprächen mit Aung San Suu Kyi wissen. Die Kernforderung an sie: Ende ihrer konfrontativen Haltung gegenüber der Regierung und ihrer Unterstützung für internationale Sanktionen gegen das Regime.

Gambari-Diplomatie

Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, Myanmars/Burmas Machthaber zu politischen Reformen zu bewegen und die Gambari-Diplomatie sind gescheitert. Die Entschlossenheit der Generäle ist größer denn je, sich trotz internationalen Drucks nicht auf einen substantiellen Dialog mit der burmesischen Opposition, insbesondere mit Aung San Suu Kyi einzulassen oder gar ihre Freilassung zu erwägen. Am 25. Mai 2008, als die Generäle angesichts ihres inakzeptablen Verhaltens im Nachgang von Zyklon Nargis ohnehin im kritischen Licht der internationalen Öffentlichkeit standen, muteten sie der Weltöffentlichkeit die erneute Verlängerung des Hausarrestes zu.

2

http://www.asiaobserver.com/component/option,com_fireboard/Itemid,453/func,view/catid,3/id,3476/

Gambari war es nicht gelungen, in dem jahrelang verhärteten Konflikt zwischen Than Shwe und Aung San Suu Kyi, der bekanntermaßen auch eine starke persönliche Komponente aufweist, zu vermitteln und das dafür nötige Vertrauen auf Seiten Than Shwe's aufzubauen. Das wurde deutlich, als er unmittelbar nach seinem zweiten Besuch im November 2007 in Singapur eine Erklärung von Aung San Suu Kyi vor der Presse verlas, die er vor seiner Abreise aus Yangon nicht einmal in Durchschrift den Regierungsvertretern zur Kenntnis hinterlassen hatte. Das war jenseits des für das Regime ohnehin unliebsamen Inhalts³ ein diplomatischer faux pas, der nicht zuletzt dem riesigen Erwartungsdruck der internationalen Gemeinschaft und der Presse geschuldet war. Sein Potential als ein aus Sicht des Regimes notwendigerweise neutraler Vermittler in der komplexen Konfliktsituation wurde dadurch auf ein Minimum reduziert. Das Vertrauensverhältnis ist seitdem gestört.

Gambaris Verhalten und die dadurch ausgelöste Verärgerung hatte die Junta veranlasst, die internationale Gemeinschaft wissen zu lassen: Mischt euch nicht ein, wir regeln die Dinge auf unsere Weise. Mit dieser Position war die internationale Gemeinschaft wenige Monate später beim Umgang mit den Sturmpopfern erneut konfrontiert.

Im Februar 2008 fanden Gespräche zwischen Gambari und dem stellvertretenden chinesischen Außenminister Wang Yi statt. Dabei erklärte Yi, die Probleme in Myanmar könnten nur durch einen Dialog zwischen der Regierung und der Bevölkerung des Landes beigelegt werden. Die internationale Gemeinschaft könne dabei konstruktive Hilfe leisten.

Die wegen fehlender Gesprächssubstanz zunächst abgelehnte Wiedereinreise des UN-Sondergesandten wurde im März 2008 dann doch genehmigt. Dieser Umstand wurde den chinesischen Vermittlungsbemühungen zugeschrieben. Dennoch blieb auch diese Mission

³ Aung San Suu Kyi ließ im Statement ihre Bereitschaft zum Dialog wissen und stellte sich ohne auf die Vorbedingungen Than Shwe's einzugehen in den Augen des Regimes als „Einigerin“ der Nation dar. Das bewerteten die Generäle als Fortsetzung des Konfrontationskurses.

ergebnislos. Für das Regime hat die Mission Gambaris bis auf weiteres kein Potential: Eine neue Dialogebene scheint sich auf der Arbeitsebene zu etablieren, was möglicherweise zu kleinen Fortschritten führen könnte, jenseits der Medien und ohne unrealistischen Erwartungsdruck.

Road Map und Verfassungsreferendum

Verbindlicher Zeitplan angekündigt

Die Oktoberereignisse und die oben dargelegten Reaktionen vor allem seitens Chinas und ASEAN's hatten die Junta unter erheblichen Handlungsdruck gesetzt. Die Peinlichkeit der Burmaproblematik sollte innerhalb der südostasiatischen Staatengemeinschaft endlich aus der Welt geschafft werden. Der SPDC verkündete erstmalig einen verbindlichen Zeitplan für die Umsetzung ihrer Road Map to Disciplined Democracy: Für Mai 2008 wurde ein Referendum zur Abstimmung über einen Verfassungsentwurf und für 2010 Wahlen angesetzt. Für eine realistische Einschätzung ist es aber wichtig zu wissen, dass Druck allein für die Generäle noch nie ein ausreichendes Handlungsmotiv war. Weitere Faktoren und teilweise auch politisches Kalkül der Generäle mögen für die überraschende Bekanntgabe des Zeitplanes ausschlaggebend gewesen sein:

Der schlechte Gesundheitszustand General Than Shwe's legt nahe, dass er selbst und ihm nahestehende Verbündete im Interesse des eigenen Machterhalts die Road Map noch zu seinen Lebzeiten zu Ende bringen wollten.

Die Entscheidungsträger konnten davon ausgehen, dass die Angehörigen der Armee sich gegenüber dem Verfassungsentwurf positiv verhalten würden, da sie die dominierende Rolle des Militärs in der nationalen Politik darin für die weitere Zukunft festgeschrieben sehen.

Die Regierenden mögen starke Hoffnungen auf die Unterstützung der Massen im Rahmen ihrer

Mobilisierung der regierungsnahen Union for Solidarity and Development Association (USDA) gesetzt und all jene auf ihre Seite gebracht haben, denen es wichtig erschien, dass Aung San Suu Kyi oder kompetente Exilpolitiker von Regierungsämtern ausgeschlossen sind.

Schließlich waren und sind die Generäle fest entschlossen, das Referendum und die Wahlen so zu beeinflussen, dass sie ihrer Machtsicherung dienen.

Die burmesischen Machthaber konnten sich in all ihren Überlegungen sicher sein, dass die wichtigen Partner China, Indien und ASEAN dazu bereit waren, jedes Ergebnis anzuerkennen, ohne dessen demokratische Legitimation zu hinterfragen. Ein Beleg dafür ist, dass aus diesen Ländern keine politisch motivierten Anfragen an das Regime gestellt wurden, trotz der Umstände, unter denen das am 26. Mai 2008 verkündete Ergebnis von 98,12 Prozent Wahlbeteiligung und 92,48 Prozent Ja-Stimmen zustande gekommen war. Allein schon die Tatsache, dass das Referendum überhaupt am 10. Mai 2008 planmäßig durchgeführt wurde und trotz der Verwüstungen und traumatischen Hinterlassenschaft des Zyklons Nargis auf die Menschen im Delta auch in den 47 betroffenen Townships nur zwei Wochen später, war zynisch genug. Der Weltgemeinschaft und den burmesischen Wählern angesichts der veränderten Rahmenbedingungen aber solche unverschämte unglaublichen Ergebnisse vorzusetzen, kommt einer Verhöhnung durch die Generäle gleich.

Es ist unrealistisch zu glauben, dass die chinesische oder indische Regierung der Aufforderung westlicher Diplomatie oder internationaler Lobbygruppen folgen und Einfluss auf die Entwicklung in Myanmar/Burma nehmen wird. Stellvertretend für diese Haltung steht eine aktuelle Aussage des indischen Außenministers Pranab Mukherjee: „It is not our job to determine what kind of government is there (in Myanmar) ... Economic development and peace should go side by side ... We want to have good relations with China, Bangladesh and Myanmar so that

trade between the North Eastern region and the ASEAN countries are promoted“.⁴

Reformen ohne Demokratie?

Vor diesem Hintergrund drängt sich die kontrovers diskutierte Frage auf: Kann das Referendum auch ohne demokratische Legitimation als Reformschritt gesehen werden? Will man sich dieser Frage pragmatisch nähern, hat man vor allem Reformwirkungen für verbesserte Entwicklungschancen der Menschen im Land im Auge, müssen Emotionen und westliche Demokratie- und Menschenrechtsnormen zunächst zurückgestellt werden. Das hilft der Analyse, heißt aber nicht, von ihnen abzurücken oder sie aufzuweichen. Es gilt Wirkungen zunächst von Wertungen zu trennen.

Angesichts der Sackgasse, in die sich die Gambari-Diplomatie hinein manövriert hatte, war die überraschende Ankündigung eines Zeitplans für die Umsetzung der Road Map auch aus Sicht von Analysten zumindest ein kleiner Fortschritt. Symbolisch wurde mit mehr Eile an der Fertigstellung des Parlamentsgebäudes gearbeitet, eine Form von Schaufensterpolitik etwa nach dem Vorbild Bruneis oder der Staaten innerhalb der Malaysischen Föderation. Auch dort wurde in große und prunkvolle Gebäude investiert, die allerdings nur zwei bis maximal vier Mal im Jahr ihrem Namen und Zweck in eher ritueller Form gerecht werden.

„Fundamental Principles and Detailed Basic Principles“ für einen Verfassungsentwurf wurden erarbeitet, in Burmesisch und English vorgelegt, waren aber nur für eine relativ begrenzte Öffentlichkeit zur Einsicht zugänglich. Eine offene Diskussion dazu gab es nicht. Dennoch wurden Stellungnahmen und Kritik der NLD und einzelner Exilorganisationen öffentlich. Es folgte ein Verfassungsentwurf, der allerdings bis heute nur in Burmesisch vorliegt. Die übergroße Mehrheit der Wähler hatte keinen Zugang zum Text der Verfassung, über den es abzustimmen galt. Kritik am Referendumsprozess war untersagt. Es bestehen kaum Zweifel, dass das Ergebnis des

⁴ The Hindu online edition 16.06.08 (<http://www.hindu.com/2008/06/16/stories/2008061655471200.htm>)

Referendums schon vor der Abstimmung fest stand. Es gab Zielvorgaben für Bürgermeister und Verwaltungsbeamte auf den höheren Ebenen, wie hoch die Wahlbeteiligung und die Ja-Stimmen zu sein haben. So lag es an ihrer „Kreativität“, diesen Vorgaben zu entsprechen. Es gibt unzählige zuverlässige Berichte über verschiedene Formen der Manipulation und Wahlfälschung.

Absehbar ist auch, dass 2010 Wahlen stattfinden sollen, die in erster Linie darauf abzielen, die Herrschenden in ihren Machtpositionen zu bestätigen. Große Zweifel bestehen zu Recht an der Glaubwürdigkeit des Reformwillens. Die Verfassung sieht vor, 25 Prozent der Sitze im Parlament für Vertreter des Militärs zu reservieren. Das Militär behält sich darüber hinaus ein Veto-recht gegen ihm unliebsame Entscheidungen vor. Trotz des Mangels an Glaubwürdigkeit des Road Map-Prozesses, scheint er der einzige Weg zu sein, um das Land wenigstens ein bescheidenes kleines Stück auf dem Weg der „Zivilisierung“ oder „Demilitarisierung“ der Regierung voranzubringen.

Anerkennung aus dem Westen

Der Westen bestand rhetorisch zwar weiterhin auf der Legitimität der NLD, die 1990 aus den Wahlen als klare Siegerin hervorgegangen war. Dennoch bezogen die internationale Gemeinschaft und auch westliche Regierungen, in Anerkennung der Realitäten und mangels Alternativen eine pragmatische Position. Mit Forderungen nach mehr Transparenz, Fairness und Einbeziehung der Opposition in den Referendumsprozess kam es zur De-facto-Anerkennung des Road Map-Prozesses und der Durchführung des Referendums als ersten Schritt. Damit ist es für die Oppositionskräfte aussichtslos geworden, weiterhin auf der Anerkennung der Wahlergebnisse von 1990 zu bestehen.

Gespaltene Opposition beim Referendum

Die politische Opposition im Ausland rief zunächst mehrheitlich zum Boykott auf. Später revidierten Teile ihre Ansichten und forderten zur Teilnahme auf: in der Hoffnung, der Regierung

eine Flut von Nein-Stimmen zu präsentieren. Wie realistisch oder unrealistisch die Erfolgsaussichten dieser Strategie angesichts des lückenhaften Repressionsapparates waren, bleibt dahingestellt. Wir werden vermutlich nie erfahren, wie viele Menschen es dennoch gewagt haben, mit Nein zu stimmen.

Zerrissenheit jenseits der Schmerzgrenze

Zerrissen zwischen pragmatischer Anerkennung der Realitäten auf der einen und dem politischen Willen der Militärregierung eine Absage zu erteilen, auf der anderen Seite, bestand innerhalb demokratischer Reformkräfte Uneinigkeit darüber, ob ein Boykott des Referendums oder die Ablehnung des Verfassungsentwurfs durch Wahlentscheidung letztlich zielführend ist. Pragmatiker unter diesen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Vertretern der lokalen Wirtschaft, die sich außerhalb der NLD formieren, warnten davor, dass die ohnehin begrenzten Reformoptionen, die der Zeitplan für den Road Map Prozess bot, in eine politische Sackgasse führen und jegliche Chance auf Veränderung auf unbestimmte Zeit verhindern könnte. Die Zerrissenheit zwischen politischem Pragmatismus und persönlichem Hass auf die Arroganz der Macht nagte erheblich an diesem Personenkreis und steigerte sich in Zusammenhang mit den post-Nargis-Ereignissen ins Unerträgliche.

Dennoch: Aufgrund der internationalen Reaktionen und in Anerkennung der Machtverhältnisse im Land, gibt es selbst angesichts des verbrecherischen Verhaltens der Junta im Umgang mit den Sturmpfern derzeit keine politische Alternative zur Road Map unter Federführung des Militärs, an dem sich Zivilisten beteiligen könnten. Die Nachbarländer sind gewillt, daran unter allen Umständen festzuhalten. Kritik aus dem Westen und das Festhalten an dessen Sanktionspolitik entfaltet keine ausreichenden Wirkungen für Alternativen.

Die Junta geht letztlich trotz aller eingebauten Sicherheitsmaßnahmen mittel- und langfristig ein Risiko ein. Sie kann einen Verfassungskonvent und zeitweilig ein Parlament kontrollieren, in dem eine begrenzte Zahl von „Volksvertretern“ sitzen,

aber nicht auf Dauer 35 Millionen Wahlberechtigte. Die haben die Ereignisse vom Oktober 2007 im kollektiven Gedächtnis behalten. Eines Tages wird die Wahrheit über die Weigerung der Regierung, den Sturmpfern umgehend die nötige Hilfe zu gewähren, auch im letzten Dorf bekannt werden. Dennoch muss Vergeltungspolitik für lange Zeit zurückstehen, denn sie wirkt Konflikt verschärfend. Der Inhalt der Verfassung, der genügend Anhaltspunkte für eine vernichtende Kritik bietet, muss trotz des Risikos der De-facto-Legitimation des Prozesses zunächst in den Hintergrund treten. Erstmalig seit 1962 würde die politische Beteiligung der Zivilbevölkerung überhaupt wieder möglich sein. Eine demokratisch legitimierte und inhaltlich offene Verfassungsdebatte kann später folgen und zu Veränderungen führen. Eine ernstzunehmende, schrittweise Demokratisierung kann in Myanmar/Burma frühestens nach Ablauf der ersten Legislaturperiode eines Scheinparlaments, also rund 2014/2015, erwartet werden. Die Zeit bis dahin muss genutzt werden, um demokratische Kräfte im Land zu bündeln und junge Menschen für ein Wirken in einer zivilen Verwaltung und einer künftig differenzierten politisch aktiven Zivilgesellschaft vorzubereiten.

Internationale Reaktionen

Das Verhalten der burmesischen Regierung nach der Sturmkatastrophe schockierte das Weltgewissen. Nicht nur der Westen verurteilte die perfiden Entscheidungen der Junta, sondern auch die Öffentlichkeit in politisch eher indifferenten Teilen der Welt außerhalb Europas und Nordamerikas, ja sogar gewöhnliche Bürger aus ASEAN-Ländern wie die generell antiburmesisch ausgerichteten Thais oder die apathischen Singapurer.

„Koalition der Barmherzigen“ zieht Helfer ab

Freunde wie Feinde hatten das Regime gleichermaßen gedrängt, das Referendum zurückzustellen und sich mit Priorität der nationalen Katastrophe zu widmen. In Einklang mit ihren nationalen Interessen und als Beitrag zur Gesichtswahrung angesichts der weltweiten Empö-

rung formierte sich im Ergebnis eines ASEAN-Außenministertreffens zwei Wochen nach dem Sturm eine „Koalition der Barmherzigen“. Aus diesen Ländern und dem benachbarten Bangladesh, aus Indien und China durften technische Spezialisten und medizinisches Personal dann kurzzeitig direkt im Delta tätig werden. Mitte Juni wurden sie bereits schrittweise nach Hause geschickt. Es bestünde kein Bedarf mehr, lautete die Begründung. Notunterkünfte wurden aufgelöst und Flutopfer unter Druck gesetzt, in ihre Heimorte zurückzukehren, um mit der dringend notwendigen Aussaat für die neue Reissaison zu beginnen. Abgesehen davon, dass an vielen Orten die Voraussetzungen für eine Selbstversorgung der Menschen noch nicht gegeben sind, wird dabei übersehen, dass ein großer Teil der Überlebenden nicht arbeitsfähig ist. Wegen starker Traumatisierung wäre für diese Menschen eigentlich eine flächendeckende psychologische Betreuung notwendig. Hinzu kommt, dass in den Feldern, Flüssen und an den Stränden nach wie vor mit ungeborgenen Leichen zu rechnen ist. Die traditionell abergläubische und nun noch zusätzlich traumatisierte Bevölkerung hat Angst vor der Rückkehr an Orte, die in ihrer Vorstellung von den Geistern der Toten beherrscht werden.

Was die Welt nicht erfahren soll

Es verdichten sich Informationen von einheimischen Augenzeugen, dass die Zahl der Wirbelsturmopfer drei mal so hoch ist, als bisher bekannt. Das soll der internationalen Öffentlichkeit verborgen bleiben. In einigen Regionen sind ganze Ortschaften ausgelöscht worden. Es ist davon auszugehen, dass unter den angenommenen 300.000 Toten viele ethnische Karen sind. Keiner weiß, wie viele der Opfer zunächst überlebt haben und schließlich an den Folgen der unterlassenen Hilfeleistung gestorben sind. Die Generäle befürchten eine Weiterverbreitung dieser Erkenntnisse und im schlimmsten Fall sogar den Vorwurf der ethnischen Säuberung oder des Völkermords. Diese Angst gründet sich auf Vorwürfe internationaler Menschenrechtsgruppen im Zusammenhang mit der Situation in Karen State, wo bewaffnete Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Einheiten der Karen National Union über Jahre zivile Opfer verursachten. Sie tun deshalb alles, um den Informa-

tionsfluss aus dem Delta unter Kontrolle zu halten. Das erklärt die Verabschiedung der Experten aus dem befreundeten Ausland, die eilige Auflösung der Lager als Brutstätte für zivile Selbstorganisation und die Festnahmen von prominenten burmesischen Helfern, wie dem Komödianten Zaganar. Er hatte in Interviews mit ausländischen Journalisten Verzögerungen von Hilfsaktionen beklagt. Zuletzt wurde der Sportjournalist Zaw Thet Htway verhaftet. Diese Maßnahmen lassen vermuten, dass die bisherigen Erklärungsmuster für das Verhalten der Generäle – Fremdenhass und Paranoia – allein nicht ausreichen. Über lokale Kommandostrukturen wird die rasche Rückkehr der Flutopfer zu einer geisterhaften Normalität vorangetrieben, um das Ausmaß ihrer Verbrechen zu vertuschen und unerwünschte internationale Aufmerksamkeit abzuwenden.

„Responsibility to Protect“

Auf dem Höhepunkt der Diskussion um eine internationale Reaktion auf die Weigerung der Militärregierung, ausländische Hilfsangebote für eine rasche Versorgung der Flutopfer anzunehmen, wurde auch erwogen, das völkerrechtliche Prinzip „Responsibility to Protect“ als Rechtsgrundlage für eine Intervention von außen heranzuziehen. Es beinhaltet die Verantwortung eines souveränen Staates zum Schutz seiner Bevölkerung in verschiedenen Krisensituationen und wurde im Rahmen der UN-Deklaration 60/2 auf der 59. UN-Vollversammlung 2005 einstimmig angenommen. Ursprünglich ausgerichtet auf bessere Eingriffsmöglichkeiten der Staatengemeinschaft im Fall von Verbrechen wie Völkermord, lässt es die Auslegung zu, verweigte Hilfeleistung im Fall einer Naturkatastrophe als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bewerten und auf der Grundlage von R2P zu handeln. Es war aber aussichtslos, aufgrund des zu erwartenden Vetos Chinas und Russlands eine entsprechende Resolution im Sicherheitsrat erfolgreich durchzubringen. Dennoch hätte der Versuch unternommen werden können. Allerdings hatten die USA und Großbritannien schon im Januar 2007 eine Resolution im Sicherheitsrat eingebracht mit der Begründung, Myanmar/Burma stelle eine Gefahr für die internationale Sicherheit dar. Zu diesem Zeitpunkt be-

stand jedoch keine akute Krise. Der Vorgang diene angesichts der großen Unzufriedenheit der Amerikaner und Briten mit der Situation im Irak eher innenpolitischen Interessen. Die Initiatoren der Resolution hatten sich unglaublich gemacht. Nachträglich wird erkennbar, dass ihr unverantwortlicher Umgang mit den UN-Mechanismen den Handlungsspielraum für die aktuelle Nargis-Krise eingeschränkt hatte.

Keine „Koalition der Willigen“

Trotz der vielfältigen rhetorischen Verurteilung der Militärregierung fand sich keine „Koalition der Willigen“. Dafür gibt es zahlreiche Gründe:

1. Die Intervention im Irak hatte zu einer weltweiten Ablehnung jedweder Form von Einmischung in souveräne Angelegenheiten eines Staates geführt, vor allem unter den aufstrebenden Großmächten China, Russland und Indien.
2. Der politische Wille der drei westlichen Mächte im Sicherheitsrat (USA, Frankreich, Großbritannien) reicht nicht aus, da sie in Myanmar/Burma keine ausreichend großen strategischen und wirtschaftlichen Interessen verfolgen.
3. Die Popularität der Regierungen dieser drei Länder ist eingeschränkt, weshalb zusätzliche politische Risiken nicht in Kauf genommen werden sollten.
4. Die humanitären Organisationen sind in zwei Lager geteilt: Jene, die externe Intervention als akzeptabel betrachten und jene, die sich für einen Ausgleich mit dem Regime einsetzen. Sie sehen strikte Neutralität als oberstes Gebot, um ihr Mandat zu erfüllen.
5. China, Indien und ASEAN stehen in einem Interessenverbund, auch ihr oberstes Gebot lautet strikte Nichteinmischung. Sie bieten dem Regime psychologische und wirtschaftliche Rückzugs- und Komfortzonen. Für sie gilt business as usual.
6. Die USA und Großbritannien haben ihre Ressourcen und militärischen Kapazitäten bereits mit dem Irakkrieg überstrapaziert und das Krisenmanagement schließlich an den UN-Generalsekretär und die kollektive Verantwortung der ASEAN-Führer delegiert.

Hilfe zur Selbsthilfe

Was die Völker der Union von Myanmar brauchen, sind Freunde und uneigennützige externe Unterstützung. Das gilt unmittelbar für die Überwindung der humanitären Krise im Delta und den Wiederaufbauprozess, aber auch für Entwicklung in anderen Teilen des Landes, wo sich Warnungen von UNDP und anderer im Land tätiger NRO zufolge ebenfalls humanitäre Krisengebiete abzeichnen. Das gilt mittelfristig auch für die gewaltigen Herausforderungen eines komplizierten Reform- und Friedensprozesses. Der Umgang mit der Sturmkatastrophe hat endgültig klar gemacht, dass es für die Burmesen am besten ist, sich selbst zu helfen. Nur aus eigener Kraft kann es gelingen, die nationale Krise zu überwinden, den Reformprozess voranzutreiben und Grundlagen für Aussöhnung und Frieden zu schaffen, ohne dass sich extern induzierte neue Konfliktfelder auftun.

Ausblick

Im Ergebnis beider großen Ereignisse des zurückliegenden Jahres bleibt der Status Quo: Die unteren Ränge innerhalb von Armee und Staatsapparat sind zunehmend demoralisiert, aber noch nicht bereit zur Rebellion, das einfache Volk ist absorbiert vom täglichen Kampf ums Überleben, und die Führungseliten verkriechen sich immer tiefer in ihren Bunkern in der Retortenhauptstadt Naypyitaw, allerdings mit dem Gefühl des Triumphes darüber, dass die amerikanischen und französischen Kriegsschiffe unverrichteter Dinge wieder aus den burmesischen Gewässern abziehen mussten.

Die Überlebenden im Delta teilen sich Ackerland und Unterkünfte mit den Geistern der unbestatteten Opfer. Sie sind gezwungen, den Wettlauf gegen die Zeit anzutreten, um die Saat für eine neue Ernte auszubringen. Am Horizont zeichnen sich aber schon jetzt deutlich erkennbar die Schatten einer bevorstehenden Hungersnot ab. Die Vertreter des Regimes sind damit beschäftigt, ihr beflecktes kollektives Image zu reinigen und die Konsequenzen ihrer willentlichen Verweigerung zur Hilfeleistung, ihrer Machtsiche-

rungsstrategie und ihrer schwindelerregenden Inkompetenz zu verbergen.

Trotz düsterer Zukunftsaussichten haben die Generäle entschieden, 5000 Tonnen Reis nach Bangladesh zu verkaufen, wo das Grundnahrungsmittel nicht für den unmittelbaren Verzehr, sondern zur Auffüllung nationaler Reserven bestimmt ist.

China, Indien, ASEAN und Russland preisen indes das Souveränitätsprinzip, als verbinde sich damit die absolute Wahrheit. Dabei übersehen sie geflissentlich, dass das traditionelle Verständnis von Souveränität verankert ist in einem Gesellschaftsvertrag zwischen Herrschern und Beherrschten, wobei die Herrscher die Verpflichtung haben, die Beherrschten zu beschützen, zu beschützen vor jedweder Gefahr, sei es Bedrohung von außen oder seien es Katastrophen von Natur oder Menschenhand.

Düstere Aussichten für die Burmesen, denen keine andere Wahl bleibt, als sich selbst zu befreien aus den Fesseln einer unbeabsichtigten Dreierkoalition tragischer Akteure: Dem Westen mit seinem praktizierten Doppelstandard und rhetorischen Reflexen, den asiatischen Nachbarn, die in ihrem faustischen Entwicklungsdrang bereit sind, ihre Seele zu verkaufen, und ihrer eigenen abgebrühten Regierungsclique, die das Land und die Geschicke seiner Menschen im Würgegriff hält.

Kambodscha

Zusammenfassung

Kambodscha steht kurz vor den Wahlen. Zum vierten Mal seit dem Ende des Bürgerkriegs wählen die Kambodschaner im Juli ihre Abgeordneten für das Parlament. Doch der Sieger scheint bereits festzustehen. Gestützt auf sein Medienmonopol, ein dichtes Patronagenetzwerk und die Loyalität der nationalen Wirtschaftsgiganten preist Ministerpräsident Hun Sen erfolgreich die politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre als Errungenschaften seiner Regierung. Und so wächst trotz weit verbreiteter Korruption und der offenkundigen Plünderung der Ressourcen des Landes der Zuspruch für Hun Sen und seine Cambodia People's Party. Die kambodschanische Bevölkerung zahlt dafür langfristig einen Preis: Ausverkauf der Ressourcen des Landes und verpasste Chancen für nachhaltige Entwicklung. Sollte Hun Sen tatsächlich die absolute Mehrheit erreichen, würde Kambodscha de facto zu einem Ein-Parteien-Staat mit weitreichenden Folgen für den ohnehin nur schleichend vorankommenden Demokratisierungsprozess.

Einleitung

Es ist noch immer Kambodschas traumatische Vergangenheit, die internationale Schlagzeilen macht. Im Berichtszeitraum interessierte sich die weltweite Öffentlichkeit vor allem für die mühsamen Fortschritte im Tribunal zur Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Khmer, durch ein gemischtes Gericht aus kambodschanischen und internationalen Juristen. Im Umgang mit seiner Geschichte spiegeln sich jedoch auch eindrucksvoll die Hindernisse für die zukünftige Entwicklung des Landes. Das Tribunal steht kurz vor der Pleite. Zwar konnte Australien mit einer halben Million Dollar die kambodschanische Seite im letzten Moment vor einem finanziellen Aus retten, doch gibt es noch keine offiziellen Zusagen zur Bereitstellung weiterer 87 Millionen Dollar, die angeblich für eine Fortführung des Tribunals bis Ende 2010 benötigt werden. Vorwürfe von Korruption und Missmanagement, sowie mangelnder politischer Unabhängigkeit ließen bisher viele Geber vor Unterstützungszusagen zurückschrecken.

Das Thema Korruption beschäftigt nicht nur Kambodschas Geber. Es zieht sich auch wie ein roter Faden durch den kambodschanischen Wahlkampf, der seit den Kommunalwahlen im April letzten Jahres das politische Geschehen im

Land bestimmt. Dennoch besteht kein Zweifel an der Wiederwahl des derzeitigen Ministerpräsidenten Hun Sen, wenn am 27. Juli 2008 die Bürger Kambodschas an die Wahlurnen treten. Seit bereits 28 Jahren bestimmt Hun Sen das Schicksal des Landes und ist damit Asiens am längsten dienendes Staatsoberhaupt. Viele KambodschanerInnen fühlen sich ihm zu Dank verpflichtet. Nach fast drei Jahrzehnten gewaltvoller Konflikte brachte die Regierung unter Hun Sen dem Land Ende der 1990er Jahre endgültig Frieden, Sicherheit und Stabilität. Doch diese Stabilität hat ihren Preis. Die kambodschanische Bevölkerung zahlt ihn in Form des Ausverkaufs der Ressourcen des Landes und damit verpasster Entwicklungschancen. Die Wahlen sind lediglich Teil politischer Possen, die Elemente liberaler Demokratie als Maske für die Kontinuität bisheriger Praktiken nutzt. In den dichten Patronagenetzwerken, die die Regierungspartei nicht nur mit wirtschaftlichen Eliten und Staatsbeamten, sondern auch direkt mit den Wählern verbindet, findet sich kein Platz für wirkliche Mitbestimmung und politische Teilhabe. Hun Sens öffentliche Bekenntnisse zu demokratischen Prinzipien werden konterkariert von Demonstrationsverboten und Medienzensur. Die Parlamentswahlen im Juli 2008 werden keinen politischen Wandel bringen. Im Gegenteil, sie werden die Macht Hun Sens und der Cambodian People's Party (CPP) weiter stärken. Beobachter befürchten dadurch

weitere Rückschritte im Demokratisierungsprozess des Landes.

Vor den Parlamentswahlen

Alles oder Nichts

„Entweder ich oder er“¹, sagte Ministerpräsident Hun Sen darauf, dass er mit der CPP nach den Parlamentswahlen im Juli zum ersten Mal ohne Koalitionspartner regieren wird: „der Sieger bekommt hundert Prozent“², ein Motto für den Wahlkampf, das nicht zuletzt einiges über das Demokratieverständnis des Regierungschefs aussagt.

Das würde das Ende einer langjährigen Koalition mit der FUNCINPEC bedeuten, der es nach der Zersplitterung des royalistischen Lagers tatsächlich schwer fallen wird, auch nur einen ihrer derzeit 26 Sitze im Parlament wiederzugewinnen. Seit der Amtsenthebung ihres Parteivorsitzenden, Prinz Norodom Ranariddh vor zwei Jahren, befindet sich die Partei im freien Fall in die politische Bedeutungslosigkeit. Parteiübertritte hochrangiger Regierungsbeamter verdeutlichen die Aussichtslosigkeit der Lage. Bisher sind zwei Minister, darunter die Frauenministerin, aus der FUNCINPEC ausgeschieden und der CPP beigetreten. Die Partei hat zudem alle fünf Staats- und Unterstaatssekretäre im Finanzministerium an die CPP verloren.

Auch die nach ihrem Parteivorsitzenden benannte oppositionelle Sam Rainsy Partei (SRP) ist nicht von Parteiübertritten verschont geblieben. Sieben der insgesamt 24 Abgeordneten der SRP, die in den zurückliegenden Monaten das politische Lager wechselten, wurden von der CPP Beraterposten im Range eines Ministers oder Staatssekretärs angeboten. Mittels königlicher Dekrete, schafft Hun Sen dafür persönlich neue Ämter in seinem bereits aufgeblähten Staatsapparat. Eine Praktik, die scharf von der Opposition als Amtsmissbrauch und „Menschen-

kauf“ verurteilt wird³ und sich auf lokaler Ebene fortsetzt, wo sogar über hunderte von Parteiübertritten spekuliert wird.

Neben der SRP gibt es unter den insgesamt elf zur Wahl stehenden Parteien (nur halb so viele wie bei den letzten Wahlen in 2003) noch zwei weitere ernstzunehmende Oppositionsparteien. Das ist zum einen die Menschenrechtspartei (HRP) geführt von Kem Sokha, dem ehemaligen Präsidenten der Menschenrechtsorganisation Cambodian Center for Human Rights und die Norodom Ranariddh Partei (NRP), benannt nach ihrem derzeit im Exil lebenden Vorsitzenden Prinz Norodom Ranariddh. Einig in dem Ziel, ein Alleinregieren der CPP nach den Parlamentswahlen verhindern zu wollen, sind jedoch Versuche der Oppositionsparteien gescheitert, sich in einer „Allianz der Demokraten“ zusammenzuschließen. Zu unterschiedlich sind die Interessenslagen der Beteiligten und zu unversöhnlich die Parteiführer. Die Spaltung der Opposition erhöht die Aussichten der Regierungspartei im Juli eine absolute Mehrheit zu erreichen. Dennoch verlässt sich die CPP nicht allein auf den freien Willen der Wähler.

Freie und faire Wahlen?

Wie bei zurückliegenden Wahlen, werden internationale Beobachter auch bei den Parlamentswahlen im Juli keinen Wahlbetrug oder andere systematische Unregelmäßigkeiten feststellen können. Dennoch sind Wahlen in Kambodscha nicht frei und fair.

Seit den 1993 von den Vereinten Nationen durchgeführten Wahlen sind die Methoden der Wählermanipulation der regierenden CPP zwar subtiler geworden, haben aber nicht an Wirksamkeit verloren. Nach einer jüngsten Meinungsumfrage des International Research Institute glauben 77 Prozent der Kambodschaner, dass sich ihr Land auf dem rechten Weg befände⁴, ein Anstieg von 17 Prozent im Vergleich zu 2006. Laut einer für Transparency International

¹ Phnom Penh Post: CPP vows to rule alone, 30.05/01.06.08

² Ibid.

³ The Cambodia Daily: PM: Defectors From SRP To Be Made Advisers. 12.06.08

⁴ International Republican Institute (2008): Survey of Cambodian Public Opinion, Phnom Penh

durchgeführten Umfrage hat eine ähnliche Zahl von Befragten (72 Prozent) in den letzten 12 Monaten Bestechungsgelder für eine Dienstleistung gezahlt. Das im Dezember veröffentlichte Globale Korruptionsbarometer zeigt Kambodscha zusammen mit Kamerun am untersten Ende des Index⁵. Wie ist es möglich, dass angesichts weit verbreiteter Korruption und der offenkundigen Plünderung öffentlicher Ressourcen, die Regierung von Ministerpräsident Hun Sen wachsenden Zuspruch erfährt?

Entwicklungshilfe für Wahlpropaganda

Kambodschaner, die sich in Umfragen mit ihrer Regierung zufrieden zeigen, führen dafür vor allem Fortschritte im Aufbau der Infrastruktur des Landes an. Hun Sen wird nicht müde, bei der Eröffnung von Straßen, Schulen, Krankenhäusern und Pagoden persönlich anwesend zu sein. Staat und Regierung werden von der Bevölkerung als wohlwollende Patrone wahrgenommen. So wundert sich auch niemand über Schilder an Brücken, die stolz verkünden: „Gespendet von der kambodschanischen Regierung“.

Finanziert werden solche Projekte nicht zuletzt von Kambodschas 35 Entwicklungspartnern, die derzeit über 700 Projekte im Land implementieren. Ausländische Geber versprechen dem Land jährlich finanzielle und technische Unterstützung in Höhe von etwa 20 Prozent des gesamten kambodschanischen Haushaltes. Deutschland ist Kambodschas viertgrößter bilateraler Geber.

Im auffälligen Kontrast zum Code of Conduct und zu den Diskussionen um Myanmar/Burma bremsst weder der Missbrauch von Entwicklungsprojekten für die politische Propaganda der kambodschanischen Regierungspartei noch die offensichtliche Veruntreuung von Geldern den Enthusiasmus der Gebergemeinschaft. Ein im Oktober letzten Jahres im Wall Street Journal erschienener Artikel, entblößte die Haltung der Weltbank zu Korruptionsfällen in sieben ihrer Projekte in Kambodscha als „smiling past corruption“⁶. Internen Berichten zufolge zahlten Drei-

viertel der privaten Unternehmen, die sich um mit Weltbankgeldern finanzierte Aufträge bemühten, Schmiergelder von teilweise mehreren Zehntausend Dollar. Dennoch zeigte sich die Weltbank versöhnlich. Die Auszahlungssperre wurde nach Absichtserklärungen der kambodschanischen Regierung, die Korruption im Land bekämpfen zu wollen, bereits nach einigen Monaten wieder aufgehoben. Mehr noch, die Weltbank hat jüngst 30 Millionen US-Dollar für neue Straßenbauprojekte zugesagt.

Manipulationen vor den Wahlen

Neben Infrastrukturprojekten findet Patronagepolitik in Kambodscha auch Ausdruck in Geschenken und Privilegien als Gegenleistung für Gefolgstreue oder umgekehrt im Entzug staatlicher Dienstleistungen für Befürworter der Opposition. Immer seltener wird Gewalt ausgeübt. Im Vorfeld der diesjährigen Wahlen kam es bisher zu fünf vermutlich politisch motivierten Morden an lokalen Oppositionspolitikern⁷. Zwar waren es im gleichen Zeitraum vor den Wahlen in 2003 mehr als doppelt so viele, dennoch sendet jede Bedrohung, Einschüchterung oder sogar Mord eines Oppositionellen ein kalkuliertes Zeichen. Noch immer bedeutet die Mitarbeit oder nur offen bekundete Sympathie für eine der Oppositionsparteien eine Gefahr für die persönliche Sicherheit. Das gilt besonders in isolierten ländlichen Gebieten.

Doch Wahlen in Kambodscha werden auf dem Land entschieden. Nur etwa 15 Prozent der Kambodschaner leben in den Städten. Kontrolle über den Zugang zu Informationen ist daher ein wichtiges strategisches Element im kambodschanischen Wahlkampf. Laut einer aktuellen Studie zur Wählerregistrierung beziehen fast die Hälfte aller Kambodschaner ihre Informationen zu Wahlen vom Dorfvorstand⁸. Dorfvorstände werden in Kambodscha nicht gewählt, sondern von den CPP dominierten Gemeinderäten ernannt. Bei den Kommunalwahlen im April letzten Jahres konnte die CPP in über 98 Prozent der

⁵ Transparency International (2007): Report on the Transparency International Global Corruption Barometer 2007, Berlin.

⁶ The Wall Street Journal: Smiling Past Corruption. 11.10.07

⁷ The Cambodia Daily: CHRAC Cites Intimidation Ahead of Elections. 03.06.08

⁸ NICFEC and COMFREL (2007): Report on Voter Registration Audit in Cambodia, Phnom Penh.

Gemeinden die Mehrheit und somit den Vorsitz gewinnen. Die Netzwerke der Regierungspartei reichen damit bis in die kleinste Organisations-ebene der kambodschanischen Gesellschaft.

Die Dorfvorstände spielten zudem eine entscheidende Rolle bei der Erstellung der Wählerlisten. In den Kommunalwahlen im letzten Jahr fiel die in der Vergangenheit hohe Wahlbeteiligung auf nur 68 Prozent. Im Vergleich, bei den Parlamentswahlen in 2003 gaben noch über achtzig Prozent der Kambodschaner ihre Stimme ab. Der sprunghafte Rückgang in der Zahl der Wähler hat viel Spekulation ausgelöst. Ein komplizierter neuer Registrierungsprozess vor den Kommunalwahlen, mag 500.000 bis eine Million der insgesamt knapp acht Millionen Wahlberechtigten vom Urnengang ausgeschlossen haben. Viele konnten sich entweder überhaupt nicht registrieren oder ihre Namen auf den Listen nicht finden. Das Nationale Wahlkomitee hat daraufhin im letzten Jahr die Wählerlisten bereinigt und über 600.000 sogenannter „Geisternamen“ gestrichen, sowie neue Wahlberechtigte hinzugefügt. Mangelnde Transparenz im Prozess, die Registrierung von Namen durch angeblich beauftragte Parteifunktionäre und Militärs sowie die Weigerung des Komitees, noch bis zum Wahltag Korrekturen zuzulassen, hat berechnete Kritik ausgelöst.

Kaum Presse- und Versammlungsfreiheit

Noch direkter zeigt sich der Einfluss der Regierungspartei in der Unterbindung von Demonstrationen und öffentlichen Versammlungen der Opposition. Laut eines Berichts der Menschenrechtsorganisation Adhoc wurden im Berichtsjahr 32 friedliche Demonstrationen von Regierungsseite teilweise gewaltsam⁹ aufgehalten. Die Organisation warnt davor, dass sich der Handlungsspielraum nach den Parlamentswahlen im Juli sogar noch weiter verengen könnte. Derzeit liegt dem Parlament ein Entwurf zum Demonstrationsgesetz vor, dass die Versammlungsfreiheit empfindlich einschränken könnte. So wird im Entwurf die Anzahl an Demonstranten auf maximal 200 festgeschrieben und sind Demonstratio-

nen in der Hauptstadt nur in sogenannten „freedom parks“ zulässig.

Die Menschen in Kambodscha glauben vor allem an das, was sie sehen und hören. Ein Drittel bis die Hälfte der Kambodschaner informiert sich über Hörfunk und Fernsehen und nur eine kleine Minderheit von weniger als 10 Prozent liest Zeitung¹⁰.

„Ihr habt einen, doch ich habe 39 Kanäle“¹¹, kommentierte kürzlich Ministerpräsident Hun Sen sehr anschaulich das Medienmonopol der Regierungspartei. Tatsächlich gibt es nur einen einzigen von der Regierung unabhängigen landesweiten Radiosender. Alle sieben Fernsehkanäle gehören entweder direkt der Regierung oder ihre Besitzer stehen ihr nahe.¹² Den Versuch, einen privaten unabhängigen Radiosender im Nordosten des Landes, in der Provinz Kratie, zu etablieren, hat das Informationsministerium Ende Mai nach nur zwei Wochen unterbunden. Angeblich hatte der Eigentümer keine ausdrückliche Genehmigung zum Verkauf von Sendezeiten. Kambodscha hat noch immer keine umfassende Mediengesetzgebung und somit sind die Bestimmungen des Ministeriums eher willkürlich und entbehren einer rechtlichen Grundlage. Die Frequenz FM 105.25 hatten vor allem Oppositionsparteien für ihre Wahlkampfsendungen genutzt. Noch schwerer wiegt jedoch die kürzliche Verhaftung des Herausgebers der als SRP-nah geltenden Zeitung „Moneasekar Khmer“. Zum wiederholten Mal nutzen Angehörige der Regierung die Gerichte, um unter dem Vorwand angeblicher Verleumdung eine oppositionelle Stimme zum Schweigen zu bringen.

Wie bei vorangegangenen Wahlen lässt die CPP im Vorfeld der Wahlen zum Parlament nichts unversucht, den Willen der Wähler auf verschiedenste Art und Weise zu beeinflussen. Neben Manipulationen bei der Wählerregistrierung nutzt

⁹ Phnom Penh Post: CPP tightens its grip on freedoms. 08.-21.02.08

¹⁰ LICADHO (2008): Reading between the Lines: How Politics, Money & Fear Control Cambodia's Media und NICFEC and COMFREL (2007): Report on Voter Registration Audit in Cambodia, Phnom Penh.

¹¹ The Cambodia Daily: PM: Media Influence Gives CPP Advantage. 22.05.08

¹² LICADHO (2008): Reading between the Lines: How Politics, Money & Fear Control Cambodia's Media

sie staatliche Infrastruktur für ihren Wahlkampf, verteidigt ihr Medienmonopol und wird finanziell von reichen Wirtschaftsgiganten der Partei unterstützt. Dadurch ist insgesamt ein effizienter demokratischer Wettbewerb um die Gunst des Wählers außer Kraft gesetzt. Insofern repräsentiert das Wahlergebnis zwar die Machtverhältnisse im Land, kann aber nicht als demokratische Legitimation der Regierenden gewertet werden. Im Gegenteil, die Tatsache, dass sich die Regierungspartei der genannten Manipulation und Mediendominanz bedient, ist Ausdruck ihres fehlenden Reformwillens hin zu einer gelebten Wahldemokratie.

Ressourcenpolitik

An Reformwillen mangelt es der kambodschanischen Regierung auch in anderen Bereichen. Dennoch werden Regierung und Geber nicht müde, Stabilität und Wirtschaftswachstum in Kambodscha als Erfolg zu deklarieren. Doch beides hat seinen Preis. Wachstum und Stabilität werden vor allem durch den Ausverkauf der Ressourcen des Landes finanziert. Zu diesem Schluss kommt nicht nur der umstrittene Bericht „Cambodia's Family Trees“ der britischen Nichtregierungsorganisation Global Witness. Eindrucksvoll schildert der Bericht die Verwicklung des Ministerpräsidenten und hochrangiger Repräsentanten von Staat und Wirtschaft in illegale Geschäfte mit natürlichen Ressourcen, vor allem Holz. Auch ein gemeinsamer Bericht der UN-Regionalorganisation ESCAP, der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) und des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (UNDP) zu Fortschritten bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele in der Region Asien/Pazifik bestätigt, dass das Wirtschaftswachstum in Kambodscha zu Lasten der Waldbestände des Landes geht¹³.

Der Preis der Stabilität

Obwohl seit 2002 ein Moratorium für Holzeinschlag und den Transport von Hölzern besteht,

¹³ ESCAP/ADB/UNDP (2007): The Millennium Development Goals: Progress in Asia and the Pacific 2007, page 16

wird dieses Verbot durch die Vergabe von Landkonzessionen umgangen. Unter dem Deckmantel landwirtschaftlicher Großprojekte geht die Abholzung weiter. Das erklärt auch, weshalb die Regierung weiterhin am Konzessionsmodell festhält, obwohl zahlreiche Beweise dafür vorliegen, dass eine kleinbäuerliche Bewirtschaftung nicht nur produktiver ist, sondern auch direkt zur Armutsreduzierung beiträgt¹⁴. Einkünfte aus dem Ausverkauf natürlicher Ressourcen finanzieren und stabilisieren eine mächtige wirtschaftliche und politische Elite, während die Zahl der unfreiwillig landlosen und landarmen Familien in Kambodscha weiter ansteigt.¹⁵

Laut eines jüngsten Berichtes von Amnesty International sind derzeit 150.000 Kambodschaner unmittelbar von einer Zwangsumsiedlung bedroht.¹⁶ Ursache hierfür sind illegale Landnahmen, eine wachsende Anzahl von Landkonflikten und von der Regierung sanktionierte Megaprojekte in- und ausländischer Investoren. Ein im April dieses Jahres im Guardian erschienener Artikel geht sogar so weit zu behaupten, dass in den letzten anderthalb Jahren die Hälfte der Landesfläche Kambodschas verkauft worden sei.¹⁷ Vermutlich ist die Zahl übertrieben. Es handelt sich auch nicht im eigentlichen Sinne um Verkäufe, sondern meist um Konzessionen von 99 Jahren, ein für die Region allerdings ungewöhnlich langer Zeitraum.

Entwicklungsvision

Mit Hinblick auf die Entwicklungen der letzten Jahre fällt es schwer, überhaupt von Regierungsführung im Umwelt- und Ressourcenbereich zu sprechen. Entscheidungen über die Nutzung der Ressourcen des Landes zu treffen sei die alleinige Aufgabe des souveränen kambodschanischen Staates. Mit diesen klaren Worten schloss Hun Sen im Dezember seine Rede

¹⁴ World Bank (2007): Sharing Growth: Equity and Development Report 2007, Phnom Penh.

¹⁵ OHCHR (2007): Economic land concessions in Cambodia: A human rights perspective. Report of the Special Representative of the Secretary-General for human rights in Cambodia, Phnom Penh.

¹⁶ Amnesty International (2008): Cambodia: Making the Poor Homeless, London.

¹⁷ The Guardian: Country for Sale, 26.04.08

in einem Workshop zur kambodschanischen Handelsintegration.¹⁸ Forderungen nach Transparenz, Rechenschaftspflicht und Partizipation als Prinzipien guter Regierungsführung sind dem Ministerpräsidenten ein Dorn im Auge. Er kritisierte bereits die Anbahnung eines Gesprächs internationaler Naturschutzorganisationen mit seinem Umweltminister zum kürzlich erlassenen Naturschutzgesetz.

Fünf Jahre nachdem der Gesetzentwurf dem Ministerrat zum ersten Mal vorgelegt wurde, stimmte das Parlament kurz vor Jahresende für ein neues Naturschutzgesetz in Kambodscha. Warum konnte das Gesetz mit fünf Jahren Verspätung nun erfolgreich verabschiedet werden? Im Grunde handelt es sich noch um den Entwurf von 2002 mit zwei entscheidenden Veränderungen. Zum einen können in der Zone zur nachhaltigen Nutzung nun auch Bodenschätze gefördert und Wasserkraftwerke gebaut werden, wo bisher nur sanfter Tourismus und eine eingeschränkte Nutzung durch lokale Gemeinschaften möglich war. Zum anderen hat der Staat die Möglichkeit die Festlegung der Grenzen eines Naturschutzgebietes der „Strategie der Regierung“ anzupassen und somit jederzeit zu verändern. Davon sind auch die für den Erhalt der biologischen Vielfalt besonders wichtigen Kerngebiete von Naturschutzgebieten nicht ausgenommen.

Die nachträglichen Änderungen des Gesetzes verdeutlichen die Marschrichtung der kambodschanischen Regierung, und Hun Sen hält sich in seinen öffentlichen Reden auch dazu nicht zurück: „It is now time for Cambodia to make use of natural resources for development“¹⁹. Wasserkraft, Bergbau und die Produktion von Agrartreibstoffen sollen neben den bisherigen Wirtschaftszweigen Tourismus, Bau- und Textilgewerbe die Zukunft des Landes bilden. Hierbei fällt der Blick besonders auf den rohstoffreichen und noch wenig entwickelten Nordosten des Landes, die Heimat Kambodschas indigener Völker.

Indigene Rechte als Entwicklungshemmnis?

Was dieser Entwicklungsvision im Wege zu stehen scheint, ist die traditionelle Lebensweise indigener Gruppen in Kambodschas Bergregionen. Seit Jahrhunderten ernähren sie sich von Trockenreis, der in einem extensiven System mit langen Brachzeiten angebaut wird. Diese Praktik erfordert nicht nur ausreichend große Flächen, sondern auch die Zusammenarbeit der dörflichen Gemeinschaft zu bestimmten Zeiten des Reisanbauzyklus. So haben sich über Generationen kommunale Praktiken der Landnutzung herausgebildet. Kambodschas Bodengesetz erkennt diese traditionellen Rechte zwar an, sie werden allerdings de facto missachtet. Falsch verstanden als vormodern und ineffizient, passt für viele kambodschanische Regierungsbeamte die Lebensweise der Indigenen nicht in das Bild eines entwickelten Landes. Das findet auch Ausdruck in den kürzlich zur Diskussion gestellten Implementierungsrichtlinien zur Registrierung indigener Landrechte. Den Bedenken indigener Repräsentanten, Nichtregierungsorganisationen und internationaler Geber zum Trotz drängt die Regierung mit ihren Entwicklungsplänen weiter in die traditionellen indigenen Gebiete vor. Die Rechte einer indigenen Dorfgemeinschaft können dabei so lange ignoriert werden, bis die Gruppe als solche von staatlichen Behörden offiziell anerkannt worden ist. Wie das jedoch geschehen soll, ist noch vollkommen unklar.

Derweil zerbrechen unter dem Druck unwiderruflich traditionelle Strukturen und geht soziales Kapital verloren, das bei der Bekämpfung der bitteren Armut im Nordosten von großer Bedeutung wäre. Die Erfahrung in anderen Teilen Kambodschas zeigt, dass indigene Gemeinschaften nicht von den über sechzehn Land- und einer wachsenden Zahl von Bergbaukonzessionen profitieren werden, und sich somit die Armut in der Region vergrößern wird.

Demokratie nachgefragt

Da in Kambodscha die Aussicht auf rechtstaatliche Reformen von oben gering ist, steuern nun viele Akteure den Weg von unten an. Die Weltbank versucht mit einem im Dezember gestarte-

¹⁸ Hun Sen: Selected comments at the Dissemination Workshop on “Cambodia Trade Integration Strategy 2007 – Responding to Opportunities and Challenges” (unofficial translation), 05.12.07

¹⁹ Ibid.

ten Programm zur finanziellen Förderung von lokalen Nichtregierungsorganisationen (NRO) die Nachfrage nach Demokratie zu stärken. Internationale NROs gehen wiederum dazu über, direkt kommunale Netzwerke und Organisationen, sogenannte Community Based Organizations (CBO) zu unterstützen. Doch das eigentliche Problem wird damit nicht gelöst. Trotz der Existenz von über 1800 lokalen und die Anwesenheit von 300 internationalen NRO ist der Bewegungsspielraum für zivilgesellschaftliche Gruppen in Kambodscha stark begrenzt. Die Möglichkeit, Kritik an der Politik des Staates frei zu äußern, ist nur Gruppen mit starkem Rückhalt durch ausländische Unterstützer möglich. Es ist trotz der starken Präsenz zivilgesellschaftlicher Gruppen daher bisher nicht gelungen, eine politisch ernstzunehmende Kraft zu entwickeln und die einheimische Öffentlichkeit zu mobilisieren. Die Sammlung von über einer Million Unterschriften zur Verabschiedung des seit zehn Jahren im Entwurf vorliegenden Antikorruptionsgesetzes, ist ein erster Ansatz, eine gesamtgesellschaftliche Bewegung zur Bekämpfung von Korruption zu schaffen. Es bleibt abzuwarten, wie die kambodschanische Regierung darauf reagieren wird. Bisher haben Parlament und Ministerrat abgelehnt, die Unterschriftensammlung in Empfang zu nehmen. Sie wüssten nichts mit den Stapeln von Papieren anzufangen.

über die Beziehung von Frauen und Männern. Vor allen Dingen sucht sie nach Alternativen zu den Patronagenetzwerken ihrer Elterngeneration. Sie, die Jugend, sollte erreicht und gestärkt werden.

Ausblick

Pessimistische Stimmen behaupten, Kambodscha habe seine düstere Vergangenheit noch lange nicht hinter sich gelassen. Im Gegenteil, sie werfe ihre Schatten weit voraus in die Zukunft. Die Wahlen werden sehr wahrscheinlich einen Ein-Parteien-Staat zum Ergebnis haben. Ministerpräsident Hun Sen hat angekündigt, beim Erreichen der absoluten Mehrheit keine Positionen im Parlament mit Oppositionspolitikern besetzen zu wollen. Er hat sogar die Frage gestellt, ob die Opposition überhaupt noch zu Sitzungen des Parlaments erscheinen sollte.

Doch es gibt auch hoffnungsvolle Zeichen: eine kritische Jugend, die heranwächst an den Universitäten und Hochschulen des Landes. Sie ist besser informiert, hinterfragt und denkt anders